Unsere Partei kann sich aber nicht damit begnügen festzustellen, daß die Mittelbauern im Ergebnis unserer Politik zur entscheidenden Schicht wurden; sie muß die politischen Verhältnisse im Dorf überprüfen und daraus Schlußfolgerungen für ihre Arbeit ziehen. Man muß also die Frage stellen, wer bei uns im Dorf in den Genossenschaften, in der VdgB, in den Ausschüssen der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und in den Friedenskomitees die Führung hat. Eine ernsthafte Überprüfung zeigt, daß die Demokratisierung des Dorfes mit der ökonomischen Entwicklung nicht Sdiritt gehalten hat. Trotz der erfolgreichen Arbeit und trotz ernster Hinweise der Parteiführung, daß die Arbeit unserer Genossen in der VdgB verbessert werden muß und die neuen Genossenschaften, die Dorfgenossenschaften von den werktätigen Bauern geführt werden müssen, zeigen sich außerordentlich große Schwächen. So sind zum Beispiel bis heute in Mecklenburg nur ein Drittel der Bauern in den neuen Dorfgenossenschaften organisiert, und selbst in diesen Genossenschaften kommt es nicht selten vor, daß bei der Düngemittelbelieferung die Großbauern bevorzugt werden. Einige Dorfgenossenschaften werden bei den Handelsspannen von Bürokraten in den Verwaltungen betrogen. Bisher waren alle Bauern direkt oder indirekt mit den sogenannten Hauptgenossenschaften verbunden, die eine Fortsetzung der alten Raiffeisenverbände darstellten. Diese Hauptgenossenschaften und ihre Bürokratie stellten durch ihre wirtschaftliche Funktion eine große Macht dar und konnten dank der politischen Sorglosigkeit unserer Parteileitungen, insbesondere in Mecklenburg der Landesleitung der Partei und mancher Genossen im Apparat, ja, einiger Minister, die unserer Partei angehören, die Demokratisierung des Dorfes verhindern. Der Güstrower Prozeß gegen die volksfeindliche Bande: Leo, Lehmitz, Schmidt, Blank, Möke, Dube, Hermes, Hoffmann, Roeding, Grünewald und Konsorten deckte auf, daß es den Imperialisten und geflüchteten Junkern gelungen war, ihre Kreaturen in den Genossenschaften und teilweise im Staatsapparat unterzubringen, um für die Erhaltung des Junkerbesitzes und gegen die Demokratisierung des Dorfes zu arbeiten. Dieser Prozeß, der ernste Schwächen in unserer Arbeit offenbarte, zu denen das Sekretariat der Landesleitung in Mecklenburg selbstkritisch Stellung nahm, ist aber nur ein Signal dafür, daß mit der Politik der Partei auf dem Lande etwas nicht in Ordnung ist.

Es gibt andere Signale, auf die uns Genosse Wilhelm Pieck teilweise bereits hingewiesen hat, wie die Fehler bei der Differenzierung,